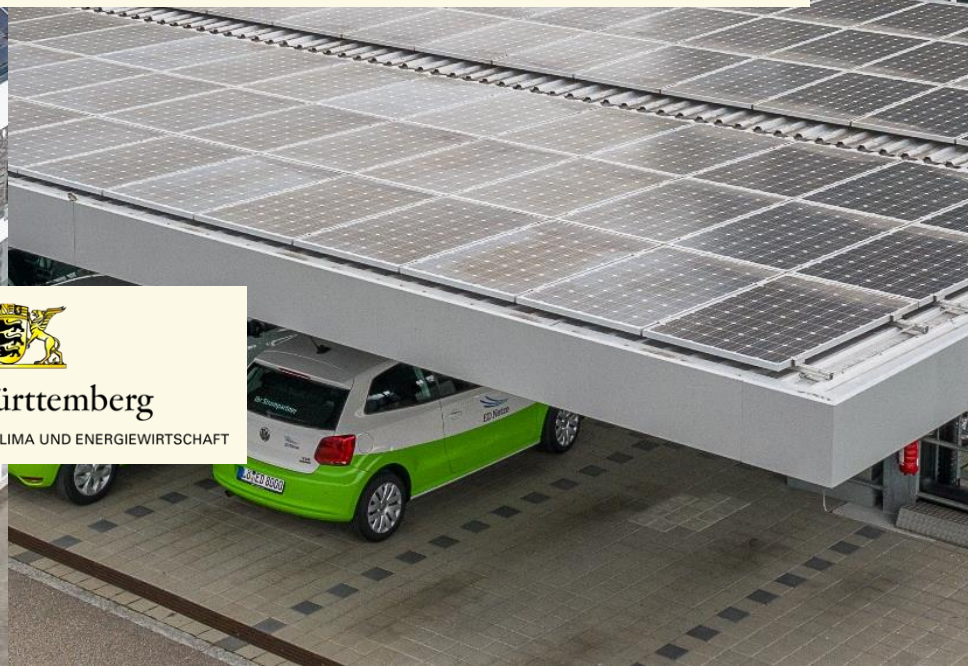
Solardachpflicht in Baden-Württemberg – Vorgaben und Umsetzung –

Hanna Schrage, UM-Referat 64 „Erneuerbare Energien“

8. Solarbranchentag Baden-Württemberg am 14. Oktober 2021



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Sachstand

- 1. Gesetz zur Weiterentwicklung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg seit dem 24. Oktober 2020 in Kraft

- Photovoltaikpflicht beim Neubau von Nichtwohngebäuden und von offenen Parkplätzen muss ab dem 1. Januar 2022 berücksichtigt werden

- Photovoltaikpflicht-Verordnung vom Kabinett beschlossen

Sachstand

- 2. Gesetz zur Änderung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg am 6. Oktober 2021 vom Landtag beschlossen

- Photovoltaikpflicht wird erweitert auf:
  - den Neubau von Wohngebäuden: ab 1. Mai 2022
  - bestehende Wohn- und Nichtwohngebäude bei grundlegender Dachsanierungen: ab 1. Januar 2023

- Schwellenwert für Photovoltaikpflicht beim Neubau von offenen Parkplätzen auf 35 Stellplätze abgesenkt

Grundzüge der Photovoltaikpflicht

- Pflicht zur Installation einer Photovoltaikanlage zur Stromerzeugung auf zur Solarnutzung geeigneter Fläche

- Als Ersatzmaßnahmen werden anerkannt:
  - Installation einer solarthermischen Anlage
  - Installation auf anderen Außenflächen eines Gebäudes oder in dessen unmittelbaren räumlichen Umgebung
  - Verpachtung der Dach- bzw. Stellplatzfläche

- Befreiung bei wirtschaftlicher Unzumutbarkeit

Grundzüge der Photovoltaikpflicht

- Photovoltaik und Dachbegrünung grds. kombinierbar

- Anlagenbetreiber*in kann frei entscheiden zwischen:
  - Stromeinspeisung
  - Eigenversorgung
  - (sonstige) Direktvermarktung

- Zuständige Behörden:
  - untere Baurechtsbehörde
  - Straßenbaubehörde

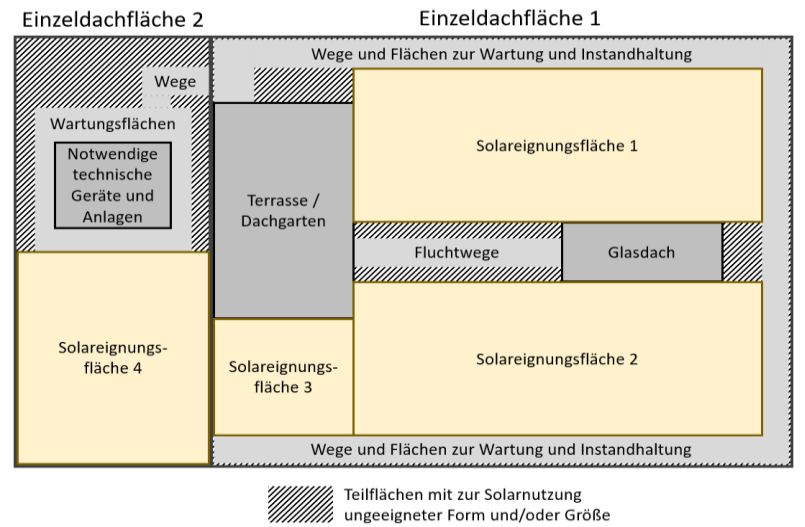
Photovoltaikpflicht-Verordnung

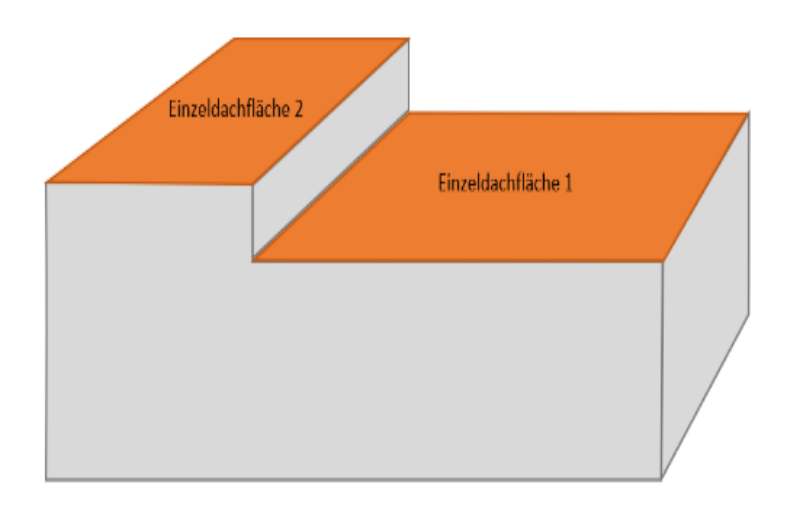
- Optimierungsgebot
- Mindestanforderungen zur Solarnutzung geeigneter Flächen

- Mindestmodulfläche:
  - geeignete Dach- und Stellplatzflächen: 60 Prozent
  - Spezialfall „erweiterter Nachweis“: 75 Prozent

- Deckelung: EEG-Vergütungsanspruch gesetzlich gesichert
- öffentlich-rechtliche Pflicht zur Dachbegrünung: Mindestmodulfläche um 50 % reduziert

Solareignungsflächen - Beispiel

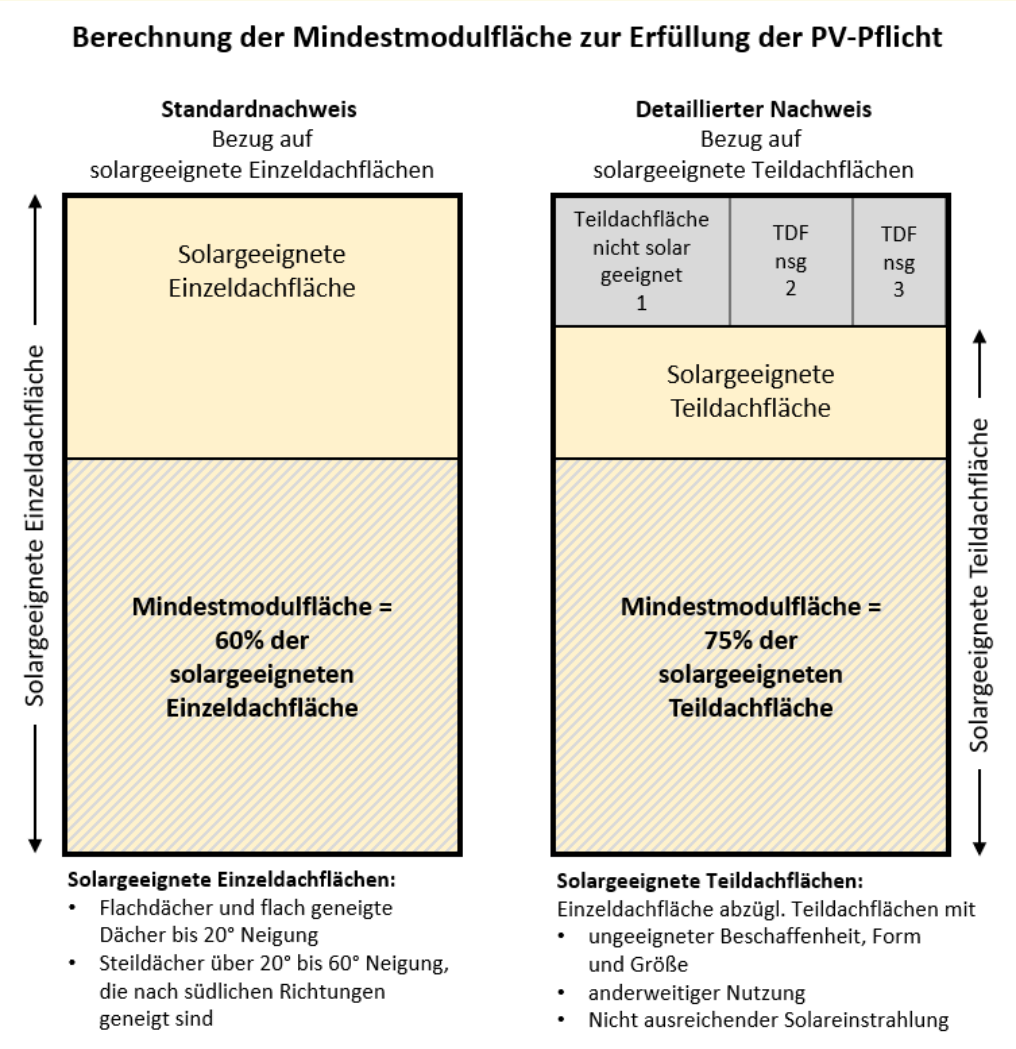




linke Abb.: Aufsicht eines Flachdaches mit zwei Einzeldachflächen (auf zwei Bauhöhen), die verschiedene Teildachflächen enthalten, die teilweise zur Solarnutzung geeignet sind (gelb) und teilweise nicht (grau)

rechte Abb.: Perspektivansicht desselben Gebäudes

Bildnachweis: Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE)



Bildnachweis: Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE)

Photovoltaikpflicht-Verordnung

- Wirtschaftliche Unzumutbarkeit
  - Durchführbarkeit Bauvorhaben insgesamt gefährdet
  - unbillige Härte in sonstiger Weise

- Mehrkosten Schwellenwerte
  - Neubau Nichtwohngebäude: 20 Prozent
  - Neubau Parkplatz: 30 Prozent

- auf Antrag teilweise Befreiung bis Schwellenwert erreicht
- ggf. qualifizierter Sachverständigennachweis

Verwaltungsvollzug

- Bauherr*in grundsätzlich eigenverantwortlich

- Standardnachweis:
  - Registrierungsbestätigung Marktstammdatenregister
  - Frist: 12 Monate nach Baufertigstellung
  - Textform (z.B. E-Mail ohne qualifizierte Signatur)

- Spezialfall „erweiterter Nachweis“: Dachplan (Bauvorlage)

Ausblick

- Anpassung der Photovoltaikpflicht-Verordnung
  - Definition einer „grundlegenden Dachsanierung“
  - abweichende Regeln für Wohngebäude möglich
- Handlungsleitfaden
- Muster-Formulare

Vielen Dank!

Hanna Schrage
UM Referat 64 – Erneuerbare Energien
hanna.schrage@um.bwl.de
0711 126-1229